



im März 2018

Sehr geehrte Wählerinnen und Wähler,

die Städte und Gemeinden können auf Kosten der Anlieger, Hausbesitzer und auch der Mieter die Straßen sanieren!

So ist die Gesetzeslage aufgrund KAG (kommunales Abgabengesetz) Artikel 5 ff. Auch wenn das Gesetz gegenwärtig ruht, so ist noch keineswegs abgeschafft.

Dieses Gesetz ist unsozial, existenzgefährdend, einfach unzumutbar.

Eine weitere Ungerechtigkeit ist die sogenannte fiktive Ersterschließung nach BauGB.

*Bundesweit und daher auch in Bayern gehen die Kommunen aufgrund einer Rechtslücke im BauGB (Baugesetzbuch) dazu über, auch solche Straßenanlieger mit so genannten „fiktiven Erschließungsmaßnahmen“ zu überziehen, deren Grundstücke nicht in einem neu erschlossenen Baugebiet liegen.*

*Häufig wird behauptet, die Anlage wäre noch nicht fertig gestellt, obwohl die Anlage nebst Teileinrichtungen nach der Verkehrsauffassung seit Jahrzehnten im bestimmungsgemäßen Gebrauch ist.*

Es muss endlich Schluss sein mit der „Kalten Enteignung“ durch **Straßenausbaubeitragssatzung (StrABS)** und **fiktiver Ersterschließung**.

Deswegen stellen wir folgende Forderungen an den Bayerischen Landtag:

1. Die StrABS muss komplett und ohne irgendwelchen Ersatz abgeschafft werden.
2. Der Vollzug muss sofort ausgesetzt und Widersprüche dagegen damit hinfällig werden.
3. Bereits bezahlte Beiträge müssen rückwirkend vollständig erstattet werden, weil ja auch bekanntermaßen Beiträge rückwirkend erhoben worden sind.
4. Die mit Bürgerinnen und Bürgern getroffene Ratenzahlungsvereinbarungen, Stundungen u.Ä. müssen aufgehoben werden.
5. Härtefälle wie Enteignung und Verkauf müssen rückgängig und wieder gut gemacht werden.
6. Rückwirkende Beitragserhebungen dürfen nicht mehr erlassen werden.
7. Die fiktive Ersterschließung muss ersatzlos fallen.

Zwar hat die CSU bei Ihrer Klausurtagung in Kloster Banz die Abschaffung der StrABS angekündigt. Vor Ostern sollte noch ein entsprechender Gesetzentwurf herausgebracht werden. Dieser wurde jedoch am 06. März auf irgendwann nach Ostern verschoben.

Deshalb muss gerade jetzt der Druck auf die Parteien, vor allem auf die mit absoluter Mehrheit regierende CSU, aufrechterhalten bzw. verstärkt werden. Wir Wähler müssen jetzt und besonders bei Veranstaltungen zur Landtagswahl die StrABS zur Sprache und unsere Forderung klar und unmissverständlich zum Ausdruck bringen.

Wir bitten deshalb alle wahlberechtigten Personen, diese e-Mail an Bekannte, Verwandte usw. weiter zu geben. Besonders bitten wir auch jungen Leute, sich an dieser Aktion zu beteiligen, damit wir ein breit aufgestelltes Netzwerk mit einem großen Wählerpotential und dem entsprechenden Nachdruck aufbauen können.

### **Nachfolgend noch einige Gedanken zur Straßenausbausatzung:**

#### **Die StrABS ist ein Bürokratiemonster**

Sie schafft unproduktive Arbeitsplätze in den Verwaltungen, schafft Arbeit durch Gerichtsverhandlungen bei Anwälten, Gutachtern und Gerichten. Aber keine Straße wird damit gebaut!

#### **Die StrABS ist ein Demokratiemonster**

Es wird behauptet, demokratische Verantwortung wird nach unten delegiert. Das Gegenteil ist der Fall. Anlieger dürfen nicht mitentscheiden. Der Ärger und der Zoff, dessen Adressat eigentlich der Landtag sein müsste, werden auf die Kommunen abgeladen. Nach unten verteilt werden lediglich die Kosten für den Straßenausbau.

#### **Die StrABS ist ein Ungerechtigkeitsmonster**

Anlieger sollen die Kosten für eine Sache tragen, welche von allen benutzt werden kann und der Allgemeinheit (Gemeinde, Land, Staat) gehört. Darüber hinaus wurde eine Straße durch die Ersterschließungskosten bereits von den Grundstückseigentümern bezahlt, befindet sich aber im Eigentum der Gemeinde. Nach Grundgesetz Art. 14, Abs. 2 ist die Gemeinde damit auch wegen der Daseinsvorsorge zum Erhalt verpflichtet. Des Weiteren ist die StrABS ungerecht, weil Gemeinden Beiträge erheben, andere nicht. Sie ist ungerecht, weil eine Kommune willkürlich Anlieger bevorzugen oder benachteiligen kann.

#### **Die StrABS ist ein Illusionsmonster**

Befürworter der StrABS führen immer wieder an, dass eine erneuerte Straße eine Wertsteigerung für ein Grundstück darstellt. Diese Annahme ist eine Illusion. Denn diese Straße wurde ja vorher abgewirtschaftet. Ergo müsste die Abnutzung der Straße vorher zu einer Wertminderung des Grundstückes geführt haben, die dann lediglich durch die Sanierung ausgeglichen wird.

## Fazit

In vielen Zeitungsartikeln in ganz Bayern beklagen sich immer wieder Bürgermeister, Gemeindevertreter, Bay. Städte- und Gemeindetag usw. über die durch das von den Freien Wählern initiierte Volksbegehren entstandene Unsicherheit über die Finanzierung der Straßensanierungen. Sie fragen, wer soll die Kosten für die weg fallenden Beiträge übernehmen?

Kaum einer der Damen und Herren sagt seinen Wählern aber, dass jede Gemeinde nach dem FAG §13ff (FAG = Finanzausgleichsgesetz) im Jahr 2017 genau 1.126,00 € pro Kilometer Straße und nach der Straßenunterhaltspauschale 1626,00 € je Kilometer auf Antrag erhält bzw. erhalten hat.

Wenn diese Gelder für den Bau und die Erhalt der kommunalen Straßen nicht ausreichen, dann muss durch eine gerechtere Verteilung der KfZ- und Energiesteuer der Ausweg gefunden werden.

Auf der anderen Seite hat sich wohl noch keiner der oben genannten Damen und Herren Gedanken über den Rattenschwanz an Ungerechtigkeiten bis hin zu hoher Verschuldung von Bürgerinnen und Bürgern, Enteignung oder Verkauf der Grundstücke von Anliegern gemacht.

In diesem Zusammenhang ist sicher der Bericht des Bayerischen Rechnungshofes zur Steuerverschwendung welcher am 20. März veröffentlicht werden soll interessant.

Im Übrigen haben Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg die Straßenausbausatzung bereits abgeschafft, in Hessen und Thüringen regt sich Widerstand.

Es muss uns in Bayern doch ebenfalls gelingen, die StrABS mit all ihren negativen Auswirkungen abzuschaffen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Ihr Geldbeute, aber auch der Ihrer Kinder, Enkel und Urenkel wird es Ihnen danken.

V.i.S.d.P

Klaus Neuberger  
Hauptstraße 39  
96253 Untersiemau

Tel.: 09565-519  
[klaus-neuberger@gmx.de](mailto:klaus-neuberger@gmx.de)

Initiative Coburger Land gegen die StrABS